

Protestnote

An den **Vorstand des Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.:**

Vorsitzender: Dieter Dombrowski

Stell. Vorsitzende: Sylvia Wähling

Kassenwart: Holger Schiebold

Beisitzer:

Hugo Diederich

Siegmar Faust

Detlef Grabert

Gino Kuhn

Christoph Polster

Werte Damen und Herren, hiermit protestiere ich als Betroffener von DDR Heimerziehung, aufs schärfste gegen die von Ihnen geplante Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg, auf Ihrem Gelände Anfang November 2014.

In der Öffentlichkeit, treten Sie alle für die Unverletzlichkeit der Menschenrechte ein. Das ist gut, und ich betone richtig und wichtiger denn je!

Mit dem Anspruch, ein Hort und Hüter der Menschenrechte, und der Unverletzlichkeit der Würde eines Menschen zu sein, wird und ist das geplante Vorhaben noch unverständlicher. Gerade das Land Brandenburg und ein gesamtes Ministerium inklusive einer Ministerin Frau Dr. M. Münch haben es über mehr als 10 Jahre zugelassen, das in einem Heim (Haasenburg) für Kinder und junge Erwachsene, es zu schweren Verstößen gegen die Würde und die Rechte von Menschen gekommen ist!

Es ist im besonderem zu zwei Todesfällen in den Einrichtungen gekommen, die in einem Fall bis heute nicht abschließend geklärt sind. Kinder und junge Erwachsene, sind über Stunden und Tage auf unzulässigen Fixierliegen gefesselt worden. Es ist während den sogenannten Anti -Aggressions -Maßnahmen (AA) zu schwersten körperlichen Verletzungen (Knochenbrüche) an Kindern gekommen.

Das ist im Abschlussbericht der damaligen Untersuchungskommission zweifelsfrei festgestellt worden. Es ist im Besonderen ein kollektives Versagen einer Ministerin und eines Ministeriums attestiert worden. Alle politisch Verantwortlichen im Land Brandenburg sind über die Vorgänge und den AB –Haasenburg in Kenntnis. Leider und auch das muss heute festgestellt werden, ist es bis jetzt zu keinen personellen Verantwortlichkeiten und oder dessen übernahmen gekommen. Die damaligen Bundesweit bekannt gewordenen Vorgänge aus 2012 sind bis auf die endgültige Einziehung der erteilten Betriebserlaubnis ohne Folgen für die politisch Verantwortlichen geblieben. Bis heute ist keine Anklage gegen die Verantwortlichen erhoben worden, und es ist auch bis heute zu keiner Verurteilung gekommen.

Die endgültige Entziehung der Betriebserlaubnis, ist erst auf Druck einer ehemaligen Insassin und einer Unterschriftensammlung im Internet (40000 Unterschriften) und der anschließenden öffentlichen Übergabe dieser, an die Ministerin zu Stande gekommen.

Außer einigen öffentlich geäußerten Lippenbekenntnissen, werden die Vorgänge nicht Aufgearbeitet und auch nicht analysiert.

Die Betroffenen sind weder vom Land Brandenburg entschädigt, noch in angemessener Weise bei der Beseitigung der emotionalen und traumatischen Schäden, die zweifelsfrei angerichtet wurden, begleitet und unterstützt worden. Wie hoch ist der unter den Augen aller politisch Verantwortlichen angerichtete Schaden eigentlich? Diese Frage, ist bis heut weder vom Ministerium noch vom Ministerpräsidenten beantwortet worden.

Sie Alle als ehemalige Politische Häftlinge der DDR sollten wissen, und daran habe ich nicht den geringsten Zweifel wie extrem ein solcher Lebensschaden in kurzer Zeit sein und werden kann und über welche Zeiträume ich rede. Der angerichtete Schaden wird die Betroffenen Kinder und jungen Erwachsenen ein Leben lang begleiten. So wie das bei vielen an Ihren Rechten und ihrer Würde verletzten Menschen die Sie vertreten, noch heut ist.

Ich fordere Sie Alle hiermit auf, Ihre Entscheidung zur Veranstaltung mit der politischen Landesspitze des Landes Brandenburg und auch mit allen im Landtag vertretenen Parteien und Ihren Vertretern zu überdenken. Dies mindestens solange, es keine endgültige Übernahme der Verantwortlichkeiten und personellen Konsequenzen auf Politischer Ebene gibt.

-Niemand darf der Folter oder Grausamer, Unmenschlicher oder Erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden-

Artikel 5 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

So Sie sich, und auch davon gehe ich aus, den Menschenrechten verpflichtet fühlen, kann es nur eine Entscheidung Ihrerseits in der Sache geben.

Lutz Adler

Betroffener von DDR Heimerziehung

Frankenberg im Oktober 2014